

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU
000248

Streng geheim!

Nur zur persönlichen Information!

Um Rückgabe wird gebeten!

Berlin, den 19.....
Nr. 280/89 12.6.89
Expl. 5
Bl. 19

A u s k u n f t

über

Erkenntnisse des Gegners zur Militärpolitik und zu
Streitkräfte- und Rüstungsentwicklungen des Warschauer
Vertrages

KOPIE BStU

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Vorbemerkung

Die gegnerischen Geheimdienste und militärischen Aufklärungsorgane setzten ihre Anstrengungen zur möglichst umfassenden Ausspähung der Militärpolitik, der Entwicklung der Militärdoktrin sowie der Streitkräfte und Rüstungen der Staaten des Warschauer Vertrages mit hoher Intensität fort. Die Maßnahmen zur Koordinierung dieser Aktivitäten wurden unter Einschluß Frankreichs verstärkt. Im Mittelpunkt der Bemühungen standen neben der Beurteilung der militärischen Stärke der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages (VSWV) und deren Entwicklung die Klärung von Einzelheiten der Abrüstungsinitiativen des Warschauer Vertrages und ihrer Auswirkungen auf das militärische Dispositiv. Die NATO hält es in diesem Zusammenhang für erforderlich, weiterhin entschlossen ihre bisherige Position zu vertreten. Den Maßnahmen des Warschauer Vertrages sollte keine größere Bedeutung beigemessen werden als ihnen zukomme; sie sollen höchstens als begrüßenswerte Anzeichen für ernsthaftige Absichten gewertet werden. Gleichzeitig soll Druck auf den Warschauer Vertrag ausgeübt werden, die Durchführung der Maßnahmen beweiskräftig zu machen. Dabei soll jede Forderung nach offiziellen Kontrollen vermieden werden, um keine Präzedenzfälle zu schaffen. Durch gezieltes Einwirken auf bilateraler Ebene müsse der Differenzierungsprozeß zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages gefördert werden.

Wegen der anhaltenden Dynamik der Entwicklung konnten bisher nur vorläufige Einschätzungen des Gegners aufgeklärt werden. Bei der Darstellung der Erkenntnisse des Gegners wurden die NATO-Bezeichnungen für Waffen und Gerät bzw. die von ihr benutzten Originalbezeichnungen unter Zusatz der NATO-Kürzel verwendet. Die Erkenntnisse des Gegners umfassen im wesentlichen den Zeitraum von Mitte 1988 bis Frühjahr 1989. Sie stellen in der Hauptsache die NATO-Position dar, die sich in hohem Maße auf Auffassungen der USA, Großbritanniens und der BRD stützt. Zu Teilaspekten tragen auch andere NATO-Staaten vorrangig aus der Sicht ihrer spezifischen Interessen bei. Während die NATO bei der Analyse der materiellen Größen weitgehende Übereinstimmung erzielte, führten Probleme der politischen Bewertung auch zu Kontroversen, so u. a. in der Frage der Kurzstreckenraketen. Der Gesichtspunkt der Indikatoren spielt bei allen Ausspähungsaktivitäten gegen die Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages unverändert eine herausragende Rolle.

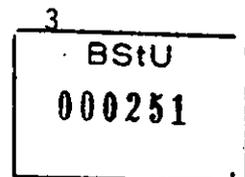
MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BStU
000250Militärpolitik und Strategie

Aus der Sicht des Gegners nutzte die Sowjetunion das Jahr 1988, um über die öffentlichen Meinungsbildungsprozesse Druck auf die Entscheidungsträger, vorrangig der NATO-Hauptmächte, auszuüben und deren Haltung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Diese Politik wurde 1989 fortgesetzt und intensiviert. Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, die Vernichtung von Mittelstreckenraketen im Zuge der Realisierung des INF-Vertrages und die Ankündigungen über die einseitige Reduzierung sowjetischer Streitkräfte bzw. deren eingeleitete Verwirklichung bezweckte auch den Abbau weltweiter Bedrohungsängste. Zudem befürchtete die sowjetische Führung, daß sich das internationale militärische Kräfteverhältnis aufgrund eigener technologischer und wirtschaftlicher Schwächen weiter zu ihren Ungunsten verändern könnte. Deshalb sieht sie in konkreten Abrüstungsinitiativen den günstigsten Weg, westlichen Rüstungsanstrengungen entgegenzuwirken, ohne die globalen und regionalen militärpolitischen Interessen und Handlungsspielräume sowie militärstrategische Grundpositionen aufgeben zu müssen. Bei der einseitigen Verringerung des sowjetischen Streitkräftepotentials hatten wirtschaftliche und außenpolitische Erwägungen Vorrang vor sicherheits- und militärpolitischen Belangen. Obwohl kurzfristig mit dieser Maßnahme keine bedeutenden wirtschaftlichen Entlastungen erreicht werden können, besteht ihr Wert in der Funktion eines Auslösers für gegenseitige Abrüstungsdynamik mit längerfristigen positiven ökonomischen Auswirkungen. Damit zugleich sollte das Konzept der Hinlänglichkeit militärischer Stärke verdeutlicht werden. Mit dem Truppenabzug aus Afghanistan wollte die UdSSR vor der Weltöffentlichkeit die Glaubwürdigkeit ihrer neuen Politik unterstreichen und gegenüber den USA und China den Weg zur Verbesserung der Beziehungen ebnen. Bezüglich der amerikanischen Forderung, regionale Konflikte politisch zu lösen, zeigte sich die UdSSR zunehmend aufgeschlossen, wofür die Entwicklungen im südlichen Afrika und in Kambodscha sprächen. Dennoch hat sich die Sowjetunion bei der Verfolgung dieser Politik widersprüchlich verhalten, indem sie z.B. versuchte, in Form von verstärkten Rüstungslieferungen günstige Ausgangspositionen für die eigenen Verbündeten zu schaffen.

Die militärpolitischen Beziehungen zu den USA sind seit 1988 vor allem durch den Dialog auf höchster militärischer Ebene bestimmt. Dabei wurden nachfolgende militärische Begegnungen für verschiedene Ebenen vereinbart. Bei den militär-

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



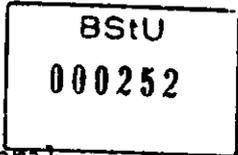
politischen Konsultationen standen Fragen der sowjetischen Militärdoktrin im Vordergrund, bei denen sich die sowjetische Seite hinsichtlich des Verteidigungscharakters ihrer Doktrin zumeist auf den sozial-politischen Teil beschränkte und in eher allgemeiner Form darauf verwies, daß die militärtechnischen Anpassungen zur Zeit erarbeitet würden. Mit den einseitigen Abrüstungsinitiativen zielte die UdSSR gegenüber Westeuropa auch darauf, die Modernisierungsdebatte in den europäischen NATO-Staaten zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Trotz unterschiedlich genutzter Erweiterungsmöglichkeiten ihres Handlungsspielraums bezogen die Mitgliedsländer des Warschauer Vertrages im allgemeinen eine einheitliche sicherheits- und militärpolitische Position gegenüber dem Westen. Dies hängt auch mit der stärkeren Berücksichtigung ihrer Interessen durch neue Konsultationsverfahren im Bündnis bei Wahrung sowjetischer Entscheidungsdominanz zusammen.

Das militärpolitische Bestreben der UdSSR in Fernost wurde 1988 und wird auch gegenwärtig davon bestimmt, bedrohlichen Entwicklungen vor allem durch politisch-diplomatisches Einwirken zu begegnen. Die mit dem Normalisierungsprozeß mit der VR China verbundene beträchtliche Truppenreduzierung der UdSSR in Fernost stellt keine Beeinträchtigung der in dieser Region gegebenen Option der konventionellen strategischen Defensive dar.

Die Entwicklung der militärpolitischen Lage in der UdSSR wird durch die Debatte innerhalb der sowjetischen Führung über die künftige sicherheits- und militärpolitische Ausrichtung und durch ihr Bestreben geprägt, die Umgestaltung in den Streitkräften zu verwirklichen und die Ressourcen vom rüstungsindustriellen in den zivilwirtschaftlichen Bereich zu verlagern. Die nach außen hin zurückhaltende Behandlung der Streitkräfte durch die politische Führung setzte sich auch nach der XIX. Parteikonferenz fort. Sie strebt als Teilaspekt ihres Neuen Denkens eine Relativierung der früheren Überbetonung des militärischen Machtfaktors bei politischen Konfliktlösungen an, ohne die politischen und militärischen Optionen einer Supermacht aufzugeben.

Das Verhalten der obersten militärischen Führungsspitze folgte einer deutlichen Rollenverteilung. Verteidigungsminister Armeegeneral Jasow fällt vornehmlich die Aufgabe zu, die von der politischen Führung immer dringlicher geforderte Durchsetzung der Umgestaltung in den Streitkräften voranzutreiben. Ein Durchbruch

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



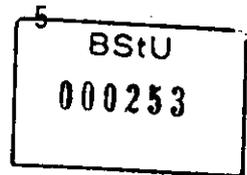
in dieser Hinsicht ist ihm bisher versagt geblieben. Der vormalige Generalstabschef und jetzige Berater Gorbatschows, Marschall der Sowjetunion Achromejew, ist nach wie vor in den rüstungskontrollpolitischen Entscheidungsprozeß der politischen Führung eingebunden. Die Bedeutung seines Nachfolgers Armeegeneral Moisejew als Generalstabschef in dieser Frage ist noch nicht bestimmbar. Wiederholt öffentlich geäußerte Kritik der politischen Führung an die Adresse der Militärs setzte die Führung der Streitkräfte unter anhaltenden Druck. Im Bereich der Rüstungskontrollpolitik besteht generell Übereinstimmung zwischen politischer und militärischer Führung. Das gilt auch für die Erarbeitung der eingeleiteten Streitkräftereduzierung, wobei aber die Militärs dennoch überrascht wurden, weil ihre von sicherheitspolitischer Sorge bestimmten Einwände vor allem gegen die Einseitigkeit der Reduzierung keine Berücksichtigung fanden. Nach außen hin fand sich die militärische Führung jedoch mit der Entscheidung ab.

Einer durch die Politiker angestrebten Ressourcenverlagerung vom Verteidigungssektor in den zivilwirtschaftlichen stand die Streitkräfteführung von Anfang an eher ablehnend gegenüber. Die Verteidigungsindustrie wurde schließlich beauftragt, ihre Beiträge zur zivilindustriellen Modernisierung zu steigern und die Produktion von Konsumgütern zu forcieren. Entscheidende Verschiebungen der Relationen zugunsten des zivilen Wirtschaftsbereiches traten bisher nicht ein; Verringerungen bei der Rüstungsgüterproduktion waren nicht zu erkennen. Entgegen den für 1989 im Staatshaushaltsplan veröffentlichten Angaben zum Verteidigungshaushalt, die wie in den Vorjahren ungeeignet für die Beurteilung der tatsächlichen Verteidigungsaufwendungen und deren Steigerungsraten waren,^{x)} ergibt sich aus internen Einschätzungen, daß bei jährlichen Steigerungsraten von ca. 2 % entsprechend dem Wirtschaftswachstum in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die Verteidigungsaufwendungen 1988 150 Mrd. Rubel erreichten und somit einen Anteil von 15 - 17 % am Bruttosozialprodukt (USA 6 - 7 %) haben. Gemessen am damit unterhaltenen Streitkräftepotential liegen sie etwa in der gleichen Größenordnung wie in den USA.

Die anhaltende Diskussion der Militärdoktrin in der UdSSR hat noch keine Entscheidungen im Hinblick auf substantielle Veränderungen der militärischen Optionen gebracht. Auch aus den angekündigten und eingeleiteten Maßnahmen bezüglich der Reduzierung, Umdislozierung und Umstrukturierung kann nicht abgeleitet werden,

^{x)} 20, 2 Mrd. Rubel ursprünglich, im Mai 1989 mit 77,3 Mrd. Rubel angegeben

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



daß ihnen eine derartige doktrinäre Grundsatzentscheidung zugrunde lag. Die Diskussionen zum Auftrag der Kriegsverhinderung und zum Prinzip der Hinlänglichkeit führten in der Sowjetunion zu Irritationen und Auffassungsunterschieden, obwohl die Unterordnung der Doktrin unter das politische Ziel der Kriegsverhinderung eigentlich die immer wieder kritisch hervorgehobene Diskrepanz zwischen neuen politischen Doktrinkonzepten und alten militär-technischen Doktrinhalten auflösen sollte. Auch neueste militärtheoretische Aussagen in der UdSSR bewerten den Krieg trotz seiner politischen Unzulässigkeit als eine reale Möglichkeit. In logischer Konsequenz blieb die Erhaltung einer Kriegführungsfähigkeit, angemessen den militärstrategischen Möglichkeiten potentieller Gegner, der militär-technische Beitrag der Doktrin zum politischen Ziel der Kriegsverhütung. Eine bindende inhaltliche Festlegung des tatsächlichen Niveaus einer vernünftigen Hinlänglichkeit mit Bezug auf Umfänge und Strukturen der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages erfolgte offenkundig nicht.

Durch die verstärkte Beteiligung ziviler Experten erhielt die sowjetische Doktrindiskussion eine neue Qualität. Die Militärführung sieht sich zunehmend durch die Diskussionsbeiträge ziviler Wissenschaftler und den hohen Grad ihrer Akzeptanz bei politischen Führern herausgefordert. Sie setzte sich mit deren Überlegungen auseinander, machte zugleich aber unmissverständlich deutlich, daß die Fachkompetenz zu Fragen der Militärdoktrin und -strategie beim Verteidigungsministerium und dem Generalstab liegt. Die sowjetische Führung hat weder öffentlich noch intern in diese Auseinandersetzung zwischen militärischer Führung und zivilen Wissenschaftlern eingegriffen. Vor diesem Hintergrund gab es eine gewisse Bewegung der Position der militärischen Führung. Erstmals wurden von diesen Abweichungen zwischen Theorie und Praxis eingeräumt und Veränderungen angekündigt. Die Betonung der qualitativen Parameter des Verteidigungsaufbaus zielt zunächst primär auf die Effizienzsteigerung in den Streitkräften. Die Veränderungen sollen jedoch auch als Anpassung der militär-technischen Seite der Militärdoktrin an die ihr übergeordnete politische Vorgabe des Defensivcharakters verstanden werden. Die sowjetischen Reduzierungsankündigungen gehören in diesen Zusammenhang, da sie nach Art und Umfang das Ausmaß einer symbolischen Reduzierung, besonders auch aus der Sicht der sowjetischen Militärführung, übersteigen. Die sowjetische Führung folgte mit ihren Ankündigungen zumindest ansatzweise Überlegungen jener sowjetischen Vertreter, die bei der Weiterentwicklung von Militärdoktrin und -strategie hin zu defensiven Strukturen bei einer deutlich geringer empfundenen Bedrohung für die Sowjetunion einseitige sowjetische Vorleistungen forderten.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

6

BStU

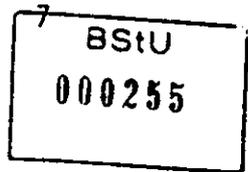
000254

(Solche Maßnahmen würden nach Einschätzung des Gegners das Kräfteverhältnis insbesondere auf dem Schauplatz von Kriegshandlungen Mittel-/Westeuropa tatsächlich verändern und somit auch die Offensivoption des Warschauer Vertrages auf dem Kriegsschauplatz Europa gegenüber der NATO beeinträchtigen.) Eine völlige Aufgabe der Offensivoption ist aus den angekündigten Maßnahmen jedoch nicht abzuleiten, da auch nach ihrer vollständigen Durchführung eine erhebliche Oberlegenheit der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages auf dem Kriegsschauplatz Europa bestehen bleibt. Im Falle des Gelingens der sowjetischen Absicht, als Folge ihrer einseitigen Schritte militärische Gegenleistungen der NATO zu erreichen, ist mit der Möglichkeit des Erhalts der sowjetischen Offensivoption auf einem nahezu unverändert hohen militärischen Stand auch nach der Verwirklichung aller angekündigten Maßnahmen zu rechnen.

Als wesentliche Rahmenbedingung für die Weiterentwicklung der Militärdoktrin im Sinne der politischen Vorgaben sah die sowjetische Militärführung unverändert Art und Ausmaß der von den imperialistischen Staaten und dabei insbesondere von der NATO ausgehenden Bedrohung an. In deren unterschiedlicher Einschätzung könnte eine Ursache für den Dissens zwischen politischer und militärischer Führung bei der Verwirklichung des Hinlänglichkeitsprinzips liegen. Während sich bei der politischen Führung im Laufe des Jahres 1988 eine insgesamt optimistische Bedrohungseinschätzung durchsetzte, hielten die Militärs das bisherige Bedrohungsbild aufrecht und konservierten auf dem Kriegsschauplatz Europa die Fähigkeit zur konventionellen Offensive. Bei der Entwicklung neuer Ansichten zur Führung des Verteidigungskrieges befaßte sich die sowjetische Militärwissenschaft in verstärktem Maße mit Fragen der Kriegskunst. Zu bedeutsamen Veränderungen der Inhalte ist es bisher nicht gekommen. Kernwaffen bleiben Mittel der Kriegführung. Die sowjetischen Streitkräfte werden weiterhin zu Handlungen unter allen Bedingungen denkbarer Waffeneinsätze fähig sein. Dabei wird die Bevorzugung nicht-nuklearer Varianten beibehalten.

Auch bei der Variante der Kriegseröffnung durch eine strategische Verteidigungsoperation hielt die sowjetische Militärdoktrin am Übergang zu offensiven Handlungen in den auf eine Verteidigung folgenden Operationen fest, deren strategische Dimension sich aus der auch 1988 immer wieder erhobenen Zielsetzung einer vollständigen Zerschlagung des Gegners ergibt. Die Verteidigung besitzt einen höheren Stellenwert als bisher und soll vorzugsweise zu Kriegsbeginn, nicht nur als bloße Nebenart der Kampfhandlungen, sondern vorsätzlich (mit einem unterschiedlichen

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



Ausprägungsgrad bei den Teilstreitkräften) angewandt werden. Der Angriff aber bleibt die bestimmende Art des Handelns in den sowjetischen Streitkräften. Verteidigungsoperationen gelten als notwendig und geeignet, Voraussetzungen für die Offensive zu schaffen. Eine Änderung dieses Grundsatzes kann weder aus der Militärtheorie noch aus dem Übungs- und Ausbildungsverhalten der Streitkräfte abgeleitet werden.

Die strategische Verteilung des Militärpotentials innerhalb und außerhalb der Sowjetunion blieb 1988 im wesentlichen erhalten. Als neues Element ergab sich auf dem Kriegsschauplatz Nah- und Mittelost im Transkaukasischen Militärbezirk eine erstmals seit Bestehen der Sowjetunion auftretende, möglicherweise längeranhaltende Bindung militärischer Kapazitäten durch tiefgreifende Störungen der inneren Sicherheitslage. Eine wesentliche Beeinträchtigung der nach außen gerichteten militärstrategischen Optionen auf diesem oder anderen Kriegsschauplätzen hat sich mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht ergeben.

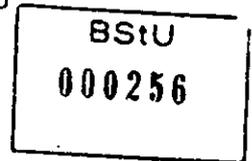
Die militärstrategischen Anstrengungen der Sowjetunion bleiben weiterhin auf die Gewährleistung der zentral-strategischen und weltweit wirksamen militärischen Optionen gerichtet. Im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung sollen sie sichern, auf allen Eskalationsebenen die Oberhand zu behalten und den Gegner vom Rückgriff auf Massenvernichtungsmittel abzuhalten. Ein Nachlassen in den militärischen Anstrengungen, etwa durch wirtschaftliche Zwänge oder durch bereits erreichte bzw. angestrebte Ergebnisse der sowjetischen Rüstungskontrollpolitik bzw. durch einseitige Reduzierungsschritte, wurde nicht festgestellt.

Ingesamt wird die UdSSR auch künftig aus ihrem Sicherheitsbedürfnis abgeleitete Ziele verfolgen und militärische Anstrengungen unternehmen, um

- den Rüstungsmaßnahmen der USA und der NATO wirksam zu begegnen,
- die militärstrategischen Optionen und hierbei auch die Offensivfähigkeit ihrer Streitkräfte gegenüber der NATO zu erhalten,
- die militärpolitische Einflußnahme weltweit zu sichern,
- die politische Wirkung ihres Militärpotentials zu erhalten,
- die schnelle militärische Reaktionsfähigkeit zu gewährleisten sowie
- die Fähigkeit zu verbessern, einen langandauernden, phasenweise unter Einsatz von Kernwaffen geführten Krieg durchzustehen.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

8



Es ist politische Absicht des sowjetischen Bestrebens, erreichte Fähigkeiten und Optionen mit quantitativ verringerten militärischen Anstrengungen höherer Qualität und Effektivität zu erhalten.

Die militärpolitische Zusammenarbeit im Warschauer Vertrag zeigte, wie schon in den letzten Jahren, widersprüchliche Tendenzen. Einerseits verdichtete bzw. institutionalisierte sich die multilaterale Kommunikation, andererseits trat die Frage politisch-ideologischer und organisatorisch-struktureller Erneuerung aller sozialistischen Staaten als zweites Schwerpunktthema neben die traditionellen Themenkomplexe Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie Europapolitik. Hierbei beeinträchtigten gravierende Auffassungsunterschiede den sonst weitgehend herrschenden Konsens. Im Gegensatz zum weiteren Ausbau der multilateralen Kommunikationsprozesse im Rahmen des Warschauer Vertrages büßten die traditionellen bilateralen Konsultationen auch an bündnispolitischem Gewicht ein. Die Sowjetunion gab dabei ihre bündnispolitische Führungsrolle nicht aus der Hand. Die Bemühungen des DDR-Verteidigungsministers um eine Dialogaufnahme mit dem BRD-Verteidigungsminister stellten einen Versuch mit peinlichem Beigeschmack dar, das rüstungskontrollpolitische Profil der DDR durch Nachahmung neuer Stilelemente der UdSSR zu erhöhen.

Innere Sicherheitslage des Warschauer Vertrages

Die innere Sicherheitslage in den Staaten des Warschauer Vertrages war 1988 insgesamt stabil, wenngleich sie in einzelnen Staaten durch Streiks, Demonstrationen und gewalttätige Ausschreitungen Belastungsproben ausgesetzt war. Die sowjetische Haltung zur Gewaltanwendung hat sich gewandelt. Im Falle ernsthafter Bedrohung der sozialistischen Ordnung oder anderer destabilisierender Entwicklungen wird sich die UdSSR zunächst auf Streitkräfte und Sicherheitsorgane der betroffenen Länder zur Wiederherstellung der Ordnung stützen. Bei Entwicklungen, die von ihr als Bedrohung der strategischen Integrität des Bündnisses gewertet werden, wird sie letztendlich zum Einsatz militärischer Gewalt greifen. Das grundsätzliche Ziel der UdSSR bleibt die Erhaltung des sozialistischen Systems, des Zusammenhalts des Warschauer Vertrages und eine verbesserte ökonomische Zusammenarbeit. Aufgrund tiefgreifender Veränderungen in der Definition dieser Grundsätze und der Mittel zu ihrer Durchsetzung ist die Situation jedoch in eine dynamische Bewegung gekommen, die längere Zeit andauern kann.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

BSTU
000257

Unverändert blieben auf die Sicherheitskräfte gestützte repressive Maßnahmen probates Mittel der Staaten des Warschauer Vertrages, um latenten Unruhen und Irritationen in der Bevölkerung aufgrund einer Diskrepanz von Anspruch und Wirklichkeit vorzubeugen und zumindest nach außen die innere Stabilität zu demonstrieren. Nachlassende Furcht vor der Staatsmacht und schwindende Anpassungsbereitschaft steigerten die Demonstrationsfreudigkeit und änderten teilweise das Protestverhalten. Nationale und oppositionelle Strömungen stellten die Staats- und Parteiführungen zunehmend vor neue Probleme. Es gibt deutliche Anzeichen für moderate, abgestufte Vorgehensweisen der Sicherheitsorgane. Diese Entwicklung und damit ein insgesamt häufigeres Auftreten innerer Konflikte in den Staaten des Warschauer Vertrages wird fortauern. Die Entwicklung der Umgestaltung in der UdSSR wird durch ökonomische, soziale und Nationalitätenprobleme behindert. Die Reformen der sowjetischen Gesellschaft werden von Gorbatschow zur Festigung seiner Macht genutzt. Die starke öffentliche Unterstützung für Veränderungen bleibt ebenso bestehen wie eine tiefe Unzufriedenheit. Widersprüche, Uneinigkeit und ökonomische Schwäche werden andauern. Eine radikale Reform der Preise und der Landwirtschaft wird von der Führung nicht zugelassen. Wachsende Unruhe bedroht die Umgestaltung nicht, begleitet sie jedoch. Gorbatschow wird stärker gegen wachsende Widerstände ankämpfen, aber Kompromisse akzeptieren, wenn radikale Veränderungen nicht durchsetzbar sind. Es wird damit gerechnet, daß Gorbatschow die Führungsposition behaupten kann, jedoch im Interesse seiner politischen Position von bestimmten Reformen Abstand nehmen könnte. Auch eine Führung ohne Gorbatschow werde durch die objektiven Bedingungen zu bestimmten Reformen gezwungen. Die innere Situation der VSWV reflektierte diese Entwicklungen. Sie wirkte sich auf die Wehrmotivation ebenso abträglich aus wie die breit angelegten politischen Entspannungsbemühungen mit ihrer Forderung nach Abbau von Feindbildern. Diese blieben jedoch, wenn auch teilweise mit zurückhaltenderer Sprachregelung, in ihren Kernaussagen weiterhin zentraler Gegenstand der Politarbeit. Umfangreiche Werbekampagnen der Streitkräfte der Staaten des Warschauer Vertrages sind ein erneuter Hinweis auf weiterbestehende Nachwuchssorgen infolge geringer Attraktivität des freiwilligen militärischen Dienstes. In allen Staaten des Warschauer Vertrages stand die Loyalität des höheren Offizierskorps gegenüber Partei- und Staatsführung außer Frage. Die aufgetretenen Schwächen im inneren Gefüge der Streitkräfte traten vornehmlich bei den Wehrpflichtigen auf, die sich mit Verstößen gegen die strikte Disziplin den für notwendig erachteten persönlichen Freiraum zu schaffen suchten. Aus den Defiziten in der Politarbeit und den Mängeln in der

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

10

BSU

000258

Disziplin sowie der Tatsache, daß sich die Jugend in den Staaten des Warschauer Vertrages zunehmend offener und kritischer mit dem sozialistischen System auseinandersetzt, kann aber nicht auf eine wesentliche Minderung der militärischen Einsatzbereitschaft geschlossen werden.

Die Aufgaben der Grenztruppen der Staaten des Warschauer Vertrages zur Grenzsicherung schließen immer die Fluchtverhinderung in den Westen ein. Maßnahmen, die der Fluchtverhinderung dienen, wurden zunehmend von der Grenze weg ins Landesinnere verlegt.

Erstmals stehen die Grenztruppen mit Fluchten von Bürgern Rumäniens nach Ungarn und in die Moldauische SSR auch vor der schwierigen Aufgabe, mögliche Übergriffe zwischen sozialistischen Ländern zu verhindern. Die Stärke der dem KfS unterstehenden und als Elitetruppe angesehenen Grenztruppen der UdSSR beträgt etwa 224.000 Mann. Die Stationierung ist dem jeweiligen Grenzverlauf so zweckmäßig angepaßt, daß eine Änderung auch bei außergewöhnlichen Ereignissen nicht erforderlich wird, wie der Einsatz an der Grenze zu Afghanistan belegte.

Die Stärke der Grenztruppen der DDR erreichte aufgrund von Neuaufstellungen 52.300 Mann. Eine einschneidende Veränderung stellte der Wechsel des Nachrichtenbataillons 26 im Unterstellungsverhältnis vom Grenzkommando Mitte in den Bereich der NVA-Landstreitkräfte als 40. Nachrichtenbataillon dar.

Streitkräfteentwicklung im Warschauer Vertrag

Gesamtstreitkräfteprobleme

Die Personallage in den Staaten des Warschauer Vertrages ist durch geringe Jahrgangsstärken gekennzeichnet. In einigen Ländern führte dies zu Engpässen in der personellen Auffüllung der Streitkräfte. Das Interesse am Wehrdienst nahm in allen Ländern des Warschauer Vertrages weiter ab. Das Wehrpflichtigenaufkommen erreichte in der UdSSR 1987/88 den niedrigsten Stand. Trotz umfangreicher Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Gesamtumfanges der Streitkräfte wurde die Präsenz einzelner Einheiten verringert. In den kommenden Jahren wird dieser Engpaß nur langsam wieder ausgeglichen werden können. Eine Verringerung der Streitkräfte um 500.000 Mann versetzt die Sowjetunion in die Lage, den um mehr als 200.000 Mann niedrigeren jährlichen Ergänzungsbedarf zu decken. Insbesondere in der UdSSR, der DDR und Polen waren die Personalengpässe ein wesentlicher Grund für einseitige Reduzierungen. In den anderen Ländern des Warschauer Vertrages treten zwar auch Engpässe oder Verminderungen des Wehrpflichtigenaufkommens ein;

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

sie sind jedoch entweder nur kurzzeitig wirksam oder haben keinen Einfluß auf die Personalerfüllung, da die Zahl der Wehrpflichtigen dennoch den Bedarf übersteigt.

Auf zentraler Streitkräfteebene wird es im Zuge der erwarteten sowjetischen Umstrukturierungsmaßnahmen zu einer Verringerung der Anzahl der Militärbezirke von bisher 16 auf 10 kommen. Dabei ist mit der Zusammenlegung mehrerer Militärbezirke zu rechnen. (Wolga + Ural, Sibirien + Transbaikal, Nord- + Transkaukasus sowie Karpaten + Kiew). Mit Ausnahme der Militärbezirke Nord- und Transkaukasus erfolgte in jeweils einem die Ernennung eines neuen, jüngeren, der Umgestaltungslinie zugerechneten Befehlshabers, was auf die Vorbereitungen für Reorganisationsmaßnahmen schließen läßt. Eine Verringerung der Anzahl der Militärbezirke und möglicherweise des Bestandes an Führungspersonal könnte automatisch die Fähigkeit zur kriegszeitlichen Aufstellung von Armee- oder Korpsstäben beeinträchtigen.^{x)} Mit einer derartigen Reorganisation wird die Zahl der Militärbezirke der Luftverteidigungsbezirke (nach Auflösung des Luftverteidigungsbezirks Tschita) entsprechen. In diesem Zusammenhang ist die Ernennung des 46jährigen Generals B. Gromow (Befehlshaber der 40. Armee in Afghanistan) zum Oberbefehlshaber des 9. Luftverteidigungsbezirks als Ausdruck der Tendenz zur Verjüngung der Führungskader der sowjetischen Streitkräfte zu werten.

Die Führungsorganisation der sowjetischen Streitkräfte auf höchster Ebene wird weiter qualitativ verbessert. Wichtiges Element dieser Aktivitäten ist die komplexe Modernisierung der Führungssysteme, Nachrichtensysteme und -mittel. Besondere Bedeutung kommt dabei den beweglichen Nachrichtenbrigaden und den flugzeuggestützten Führungsstellen zu, mit denen eine ständige, direkte Führung aller Truppen durch die oberste Instanz gewährleistet wird. Aus dem zunehmenden Einsatz von EDV-Mitteln in Führungssystemen und der laufenden Erhöhung der Übertragungssicherheit ergibt sich nicht nur eine höhere Leistungsfähigkeit der sowjetischen Führungsorganisation, sondern auch ein zunehmendes Problem für die NATO bei der Indikatorengewinnung zu möglichen überraschenden Handlungen der UdSSR. Im Zuge des weiteren Ausbaus dieses

x) Diese Erscheinung wird von NATO-Aufklärungsorganen als möglicher Hinweis auf künftige defensivorientierte Führungsstrukturen gewertet.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Systems ist mit dem Ersatz der in ihrer Leistungsfähigkeit räumlich beschränkten flugzeuggestützten Führungsstellen auf der Basis des Flugzeugmusters IL-22 (Ableitung aus der IL-18) durch ein modernes und größeres System zu rechnen.

Kampfführung mit Massenvernichtungsmitteln

Die UdSSR betrachtet, ungeachtet des durch die Militärdoktrin festgelegten Strebens nach Vermeidung des Kernwaffenkrieges, diese Waffen unverändert als die wirkungsvollsten Mittel zur Vernichtung des militärischen Gegners. Ein rein konventionelles Kriegsbild läßt sich nicht ableiten. Die sowjetischen Vorstellungen berücksichtigen jedoch neuerdings stärker die Möglichkeit eines begrenzten Kernwaffeneinsatzes. Die durch die Realisierung des INF-Abkommens eingeleiteten Abrüstungsmaßnahmen haben die nukleare Bedrohung Westeuropas nur unwesentlich verringert.

KOPHELE

Die Fähigkeit der VSWV zur Kampfführung mit chemischen Waffen wird aufgrund personeller und materieller Voraussetzungen hoch eingeschätzt.^x Die Streitkräfte sind für die chemische Abwehr ebenso gut gerüstet wie für den Einsatz chemischer Kampfstoffe, die in fester oder flüchtiger Form in fast jeder gewünschten Tiefe mit unterschiedlichen Einsatzmitteln zur Wirkung gebracht werden können. Künftig ist neben den bekannten Kampfstoffen auch mit solchen zu rechnen, deren Wirkungsspektrum von kampfunfähig machend bis tödlich variiert.

Die UdSSR setzte die 1987 wieder aufgenommenen Versuche mit nuklearen Ladungen zur Überprüfung der Funktionssicherheit von Gefechtsköpfen und deren Weiterentwicklung fort (Testgebiete Semipalatinsk und Nowaja Semlja).

Strategische Rekatentruppen

Die Modernisierung der landgestützten Interkontinentalraketen der strategischen Raketentruppen, die mit ca. 60 % der Gefechtsköpfe des interkontinentalstrategischen Potentials der Sowjetunion (seegestützte ca. 30 %, strategische

x) Der Gegner hält an seinen Einschätzungen über die Lagerung und Produktion von chemischen Kampfstoffen auf dem Territorium der Staaten des Warschauer Vertrages fest. Die von der UdSSR angegebene Vorratsmenge von 50.000 Tonnen Kampfstoff wird als zu gering bezeichnet.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Bomberflugzeuge ca. 10 %) weiterhin deren Kernstück bilden, wurde und wird vor allem mit der Zuführung mobiler Systeme der Typen SS-24 (schienenmobil) und SS-25 (straßenmobil) fortgesetzt. Bei dem silogestützten System SS-18 begann die Umrüstung auf eine neue Variante (Mod 5). Abgebaut wurden silogestützte Raketen SS-11, SS-17 und SS-19. Der Gesamtbestand an stationierten Interkontinentalraketen und die Anzahl der einsatzbereiten Gefechtsköpfe wurde geringfügig reduziert, Kampfkraft und Überlebensfähigkeit der Interkontinentalraketen wurden dagegen deutlich gesteigert. Es gibt Hinweise auf Vorbereitungen für die Flugprobung einer neuen oder modifizierten Feststoff-Interkontinentalrakete. Die Produktion von Interkontinentalraketen betrug von 1984 bis 1988 zwischen 400 - 560 Stück. (Die Ungenauigkeit dieser Einschätzung beruht auf unterschiedlichen Auffassungen über die Anzahl der Raketen für den Nachladestand).

Die Aktivitäten im Bereich der militärischen Raumfahrt dienen der Aufrechterhaltung der Netze der Aufklärungssatelliten und der Satelliten für einsatzunterstützende Aufgaben im funktionsfähigen Zustand. Mit dem Erststart der wiederverwendbaren Raumfähre BURAN ist ein neues raumfahrttechnisches Mittel entwickelt worden, das auch für militärische Zwecke eingesetzt werden könnte. Die Weltraumaktivitäten der UdSSR ließen bisher keine unmittelbaren Vorbereitungen für die Entwicklung und Stationierung weltraumgestützter Systeme zur Abwehr strategischer Raketen erkennen. Festgestellt wurde eine Vielzahl SDI vergleichbarer Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten.

Als bemerkenswert werden die sowjetischen Lasertestanlagen angesehen, von denen ein Teil der Entwicklung von Endphasen-Abwehrsystemen dienen könnte und denen eine begrenzte Satellitenabwehrfähigkeit zugeschrieben wird. Die Sowjetunion ist gegenwärtig technologisch nicht in der Lage, analog dem SDI-Projekt der USA vorzugehen; sie wird sich daher auf Gegenmaßnahmen zu SDI konzentrieren. An entsprechenden Forschungsarbeiten ist auch die DDR beteiligt.

Landstreitkräfte

Die Entwicklung der sowjetischen Landstreitkräfte und derjenigen der anderen Staaten des Warschauer Vertrages ist durch Kontinuität gekennzeichnet. Das äußert sich in der Fortsetzung der Modernisierung, der Umrüstungsmaßnahmen, der Weiterverfolgung der begonnenen Strukturveränderungen und in der Ausbildung auf der Grundlage der in den letzten Jahren eingeführten neuen Führungsvorschriften.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

14

BStU

000262

In keinem Bereich wurden sowjetische Auslieferungsprogramme von Großgerät verlangsamt oder gar eingestellt, die als vorweggenommene Maßnahmen der Abrüstung oder als Auswirkung einer neuen Sicherheits- und Militärpolitik angesehen werden könnten. Die Strukturveränderungen bei den Verbänden der Sowjetarmee sind nicht als Schritte hin zu einer defensiven Organisationsform der Regiments- und Divisionsebene zu werten. Sie dienen vielmehr einer höheren Stand- und Krisenfestigkeit durch die größere Anzahl der Gefechts-elemente und durch günstigere organisatorische Mischung von Kampf- und Schützenpanzern. Die aus Afghanistan abgezogenen Truppenkontingente verlegten im allgemeinen in ihre Friedensstandorte zurück. Dort wurden einige Verbände auch wieder gekadert.

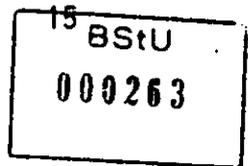
Die Landstreitkräfte der anderen Staaten des Warschauer Vertrages setzten, wie seit Jahren, die Umrüstungsprogramme insgesamt langsamer als die Sowjetarmee fort. Obwohl einerseits ein modernisierter T-72 bereits bei der NVA, der CSSR-Volksarmee und der Polnischen Armee im Einsatz ist, laufen andererseits umfangreiche und kostenaufwendige Kampfwertsteigerungen an Kampfpanzern der Typen T-54/55 weiter, was für eine längerfristig andauernde weitere Verwendung dieser Kampfpanzer in der Truppe spricht.

Die Modernisierung der Kurzstreckenraketen wurde durch die Aufstellung je einer weiteren SS-21-(TOTSCHKA) Abteilung in der CSSR-Volksarmee und der NVA (7. PD) fortgesetzt. Die Ungarische Volksarmee übte nach Abschluß der Umstrukturierung ihrer Landstreitkräfte in die Korps-/Brigadegliederung mit Schwerpunkt die Führung und den Einsatz dieser neuen Verbände.

Seit Anfang 1989 fanden seit längerer Zeit wieder Übungshandlungen von Truppenteilen der GSSD auf dem Wasserübungsplatz Elbe-Nord zur Gewässerforcierung statt. Im Bereich der Landstreitkräfte der VSWV existieren 23 Depots im Vorfeld (Polen, DDR, CSSR, Ungarn), in denen chemische Kampfstoffe gelagert sind. Potentielle Möglichkeiten für eine Kampfstofflagerung gibt es in weiteren 48 Depotanlagen.

Die Entwicklung der Kampftechnik der Landstreitkräfte der VSWV war neben den Kampfwertsteigerungen durch Verbesserungen in der Wirkung der Munition bis hin zu rohrverschießbaren Lenkflugkörpern auch für die T-72-Modelle gekenn-

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT



zeichnet. Die neue Fla-SFL 256 stellt eine Kombination von Rohrwafl'e (30 mm Zwillling) und Fla-Raketenstarter auf T-72-Fahrgestell dar. Ihre Einführung bei der GSSD hat begonnen.

In den letzten Jahren wuchs der Umfang der Beschaffung von Waffensystemen für die Landstreitkräfte jährlich um ca. 3 %. Der Hauptanteil wurde dabei von Kampfpanzern, Schützenpanzern und selbstfahrender Artillerie erbracht. Die Produktion von Panzern betrug von 1983 - 1988 zwischen 16.500 - 17.500 Stück, die von Artilleriesystemen belief sich auf 12.500 - 14.000. Die Investitionen im Bereich der Panzerproduktion gingen nach Abschluß der Modernisierung der Produktionsbasis zurück. Zu erwarten ist die Produktionsaufnahme eines neuen Schützenpanzers. Die Kampfpanzerproduktion umfaßt gegenwärtig die Typen T-72, T-80 und T-82 (Nachfolger des T-72). Mit einem neuen, weiterentwickelten Panzermodell wird Anfang der 90er Jahre gerechnet.

Gemäß den Bestimmungen des INF-Vertrages ist die Weiterverwendung der Startfahrzeuge des Raketenkomplexes SS-23 (OKA) gestattet, wenn diese nicht als Startgeräte eingesetzt werden. Das als Transportfahrzeug modifizierte, geländegängige, schwimmfähige System BAZ 6940 mod (Antriebsformel 8 x 8) ist seit 1989 bei den SS-21-Brigaden der GSSD vorhanden. Mit dieser Maßnahme wurde die Transportkapazität und Mobilität bedeutend erhöht. Da das Startfahrzeug der SS-21 eine 6 x 6 Variante des BAZ 6940 ist, besteht außerdem ein wichtiger Standardisierungsvorteil.

Die Modernisierung der Führungssysteme, Nachrichtenmittel und Mittel für den funkelektronischen Kampf wurde ebenfalls als Schwerpunktaufgabe betrieben, um den neuen Bedrohungsentwicklungen gerecht werden zu können und Voraussetzungen für die Umsetzung neuer Führungs- und Einsatzgrundsätze zu schaffen.

Luftstreitkräfte und Luftverteidigung

Das Lagebild zeigt eine anhaltende Modernisierung des Großgeräts der Luftstreitkräfte/Luftverteidigung der VSWV. Der Gesamtbestand an Kampfflugzeugen veränderte sich zahlenmäßig kaum, wurde dafür aber qualitativ deutlich verbessert.

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Mit der Herstellung der Einsatzbereitschaft der ersten Staffel strategischer Bombenflugzeuge des Typs TU-160 (BLACK JACK) des Bomberregiments Dolon der Fernfliegerkräfte im Jahre 1988, die mit weitreichenden nuklearen Marschflugkörpern AS-15 (KENT) ausgerüstet sind, haben die strategischen Bombenflugzeuge im Bestand der sowjetischen Luftstreitkräfte eine qualitativ neue Stufe erreicht. Es ist mit einem Gesamtbestand von ca. 100 Flugzeugen in den 90er Jahren zu rechnen. Der Bestand an modifizierten neugebauten TU-95 (BEAR-H) erreichte 70 Maschinen in 4 Bomberfliegerregimentern (Bewaffnung ebenfalls AS-15). Aus Unterstellungsänderungen von mit diesen Flugzeugen ausgerüsteten Truppenteilen ergeben sich zusätzliche Einsatzaufgaben auf kontinentalen Kriegsschauplätzen (INF-Kompensation). Ältere TU-95-Varianten wurden für den Einsatz von Luft-Boden-Lenkflugkörpern AS-4 (KITCHEN) umgerüstet. Die Zuführung von TU-22M (BACKFIRE) als Ergänzung bzw. Ersatz für TU-22 und TU-16 wurde fortgesetzt. Mehr als ein Drittel der 300 Einsatzflugzeuge der Luftarmee Smolensk besteht nunmehr aus TU-22M. Die Produktion von Bombenflugzeugen zwischen 1984 - 1988 umfaßte etwa 225 - 255 Stück.

Bei den Frontfliegerkräften wurden die Wirkungsmöglichkeiten in der operativen Tiefe durch den Austausch älterer Ausführungen des schweren Jagdbombers SU-24 (FENCER) gegen moderne Varianten erhöht, bei denen das Bewaffnungsspektrum teilweise erweitert wurde und Luftbetankungsfähigkeit besteht. Der Luftarmee Legnica (VR Polen) und den Luftstreitkräften der GSSD wurde jeweils ein weiteres SU-24-Regiment zugeführt. Die GSSD erhielt außerdem ein zweites Regiment Schlachtflugzeuge SU-25 (FROGFOOT) mit Standort Demmin. Die Neuaufstellung bzw. Verlegung mehrerer Schlachtflugzeugregimenter in westlichen Militärbezirken der UdSSR deutet darauf hin, daß diese Flugzeuge in jedem Militärbezirk im Umfang eines Regiments stationiert werden sollen. 1988 erfolgte erstmals die Luft-Luft-Betankung von SU-24 der Luftarmeen Legnica und Winniza durch Tankflugzeuge des Typs IL-78 (MIDAS). Den Aufklärungskräften wurde eine luftbetankungsfähige, mit modernen Sensoren ausgestattete Version der SU-24 (FENCER-E) zugeführt.

Die Anzahl der Kampf- und Kampftransporthubschrauber der Armeefliegerkräfte wurde durch die Neuaufstellung von Truppenteilen zur Unterstützung der Landstreitkräfte erhöht. In der GSSD wurde durch die Integration weiterer Kampf-

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

hubschraubereinheiten die Luftunterstützung der Landstreitkräfte verbessert. Die Einführung neuer Kampfhubschrauber (Mi-28/HAVOC - öffentliche Vorstellung auf Luftfahrtsalon Le Bourget im Juni 1989 vorgesehen) ist in nächster Zeit zu erwarten.

Die Luftangriffsfähigkeit der taktischen Fliegerkräfte der anderen Luftstreitkräfte der VSWV ist durch weitere Teilumrüstungen (je ein Jagdbomberregiment der CSSR-Volksarmee und der Polnischen Armee) und Zuführungen von Schlachtflugzeugen SU-25 erhöht worden.

Im Bereich der Luftverteidigung des Warschauer Vertrages kam es zu quantitativen Verbesserungen hauptsächlich beim Aufbau der automatisierten Führungssysteme einschließlich der intensiveren Nutzung des Frühwarn- und Leitflugzeuges MAINSTAY (AWACS-ähnliche Variante der IL-76). Ein auf dem Basisfahrzeug BAZ 6940 (8 x 8) aufgebautes mobiles Datenverarbeitungszentrum (COPPER LOG) wurde im Bereich von Fla-Raketekomplexen und Einsatzflugplätzen eingeführt. Es dient als mobile Bodenendstelle für die Verbindung der Luftverteidigungskräfte mit dem Frühwarn- und Leitflugzeug. Zu den qualitativen Verbesserungen zählt die anhaltende Einführung der modernen Jagdflugzeuge MiG-29 (FULCRUM), SU-27 (FLANKER) und MiG-31 (FOXHOUND). Mit der Umrüstung eines Regiments der Südgruppe der Truppen (UVR) stehen im Vorfeld 4 MiG-29-Regimenter. Mit der Lieferung der Flugzeuge an die LSK/LV der anderen Streitkräfte der VSWV wurde begonnen. Bei den NVA-LSK/LV befindet sich ein Jagdfliegergeschwader in der Umrüstung. Bei den Fla-Raketensystemen wurden weitere SA-10 indienstgestellt. Die Umrüstung von SA-4 auf SA-11 wurde fortgesetzt. Ein weiteres Fla-Raketensystem SA-X-15 (Nachfolgesystem der SA-8 der Truppenluftabwehr) steht am Beginn der Truppen-erprobung. Die laufenden Umrüstungsprogramme auf moderne fliegende Waffensysteme, die realitätsbezogener Ausbildung der Jagdflugzeugführer und die fortschreitende Modernisierung bzw. Neueinführung von Fla-Raketensystemen, verbunden mit der weiteren Inbetriebnahme von automatisierten Führungssystemen, sind Merkmale einer deutlichen Verbesserung der Luftverteidigung.

Die Produktion von Kampfflugzeugen erreichte für die LSK/LV von 1984 - 1988 ca. 3.700 Stück. Dabei verringerte sich die Zahl in den letzten Jahren, wegen das technologische Niveau stieg.

Bei den militärischen Transportfliegerkräften, deren Einsatz auf dem Schauplatz von Kriegshandlungen Mittel-/Westeuropa wahrscheinlich ist, wurde die

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Umrüstung auf Flugzeuge des Typs IL-76 abgeschlossen. Damit sind diese Transportfliegerkräfte (bis zu 4 Divisionen) in der Lage, je ein Luftlanderegiment abzusetzen oder anzulanden. Darüber hinaus wuchs der Bestand an Großraum-Langstreckentransportflugzeugen An-125 an.

Die Anzahl der gemeinsamen Übungen mehrerer Teilstreitkräfte unter Beteiligung von Luftstreitkräften und Luftverteidigungskräften blieb konstant. Beachtenswert sind die deutlichere Einbeziehung von Unterstützungskräften bei Luftangriffsübungen und großräumige, grenzüberschreitende Übungseinsätze der Fliegerkräfte. Eine bedeutsame Entwicklung im technischen Bereich besteht in der Modifizierung fliegender Waffensysteme für den funkelektronischen Kampf bzw. Aufklärungszwecke und die fortschreitende, bedrohungsorientierte Anpassung der Fla-Raketen-Systemkomponenten an fliegende Waffensysteme der NATO. Die materiell-technische und fliegertechnische Sicherstellung der Fliegerkräfte der VSWV wurde verbessert.

Die Anstrengungen des Warschauer Vertrages sind darauf gerichtet, den qualitativen Vorsprung der NATO unter Beibehaltung der eigenen numerischen Überlegenheit in Teilbereichen aufzuheben.

Die im Vorjahr vermutete Absicht der Lieferung von Jagdbombern SU-24 an Libyen als zweitem Land nach Irak wurde im März 1989 mit der Ankunft der ersten Maschinen in Tripolis bestätigt. Die Flugzeuge wurden an Bord von Transportflugzeugen des Typs An-22 vom Flugzeugwerk Nowosibirsk nach Libyen überführt. Für ihre effektive Nutzung durch die libyschen LSK werden mehrere Jahre erforderlich sein. Dies trifft auch auf Syrien als nächstes Empfängerland zu. Die Pilotenausbildung für Ausländer auf SU-24 wird in Krasnodar durchgeführt. Die Herstellung der Einsatzbereitschaft der ersten libyschen SU-24-Staffel wird nicht vor Herbst 1989 erwartet.

Seestreitkräfte

Bei den sowjetischen Seestreitkräften treten deutlich Tendenzen effektiverer Ausbildung, verbesserter Führungsmethoden und wirtschaftlicheren Einsatzes der See- und Seeluftstreitkräfte hervor, ohne daß eine tiefgreifende Umgestaltung erfolgt. Die 1986 begonnene und anhaltende Reduzierung der Einsatztage von

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Kampfschiffen in außerheimischen ozeanischen Räumen und eine Qualitätsänderung bei den Übungen der vier Flotten deutet auf neue politische Profilierungen hin. Ungeachtet dieser Veränderungen nutzt die Sowjetunion ihre See- und Seeluftstreitkräfte als militärpolitisches Mittel. Ihr Auftreten in außerheimischen Gewässern betrachtet sie als mit dem Friedensauftrag in Einklang stehend.

Die Seerüstungsprogramme wurden in unveränderter Intensität betrieben. Dabei haben nach wie vor U-Schiffe für den strategischen Einsatz und deren Waffensysteme Priorität. Die Indienstellung der Baunummer 1 "TBLISSI" der kernkraftgetriebenen Flugzeugträgerklasse wird noch in diesem Jahr erfolgen. Baunummer 2 befindet sich im Ausbau, Baunummer 3 wurde auf Kiel gelegt. Die Bauprogramme moderner großer Oberwasserschiffe (Raketenkreuzer und -zerstörer) wurden fortgesetzt. Mit der fortschreitenden Ausmusterung veralteter Schiffseinheiten ohne oder mit geringem Gefechtswert werden Kosten und Personal gespart. Es ist zu erwarten, daß die ausgesonderten Schiffseinheiten nicht im Verhältnis 1 : 1 ersetzt werden, so daß der Gesamtbestand der Flotte an großen Kampfschiffen zwar zurückgehen, die Kampfkraft jedoch steigen wird. 1988 wurden den vier sowjetischen Flotten 69 (1987 = 68) neue Kampf- und Hilfschiffe zugeführt.

Umfassende hydrographische Forschungen dienen der Gewinnung von weiteren Erkenntnissen für die Verbesserung der U-Bootbekämpfung.

Bei der NVA-Volksmarine sind keine wesentlichen Veränderungen eingetreten. Weiterhin stellen die intensiven und häufigen Ausbildungs- und Übungsaktivitäten der See- und Seeluftstreitkräfte einen gleichbleibend guten Ausbildungsstand und eine hohe Einsatzbereitschaft sicher.

Das Ausbleiben multilateraler Übungen der Flotten des Warschauer Vertrages in Ostsee und Schwarzem Meer könnte ein möglicher Vorgriff auf angestrebte vertrauensbildende Maßnahmen mit dem Ziel der Begrenzung derartiger Übungen sein. Damit wurden gleichzeitig die Aktivitäten des Gemeinsamen Geschwaders der Vereinten Ostseeflotten zur Hauptübung der drei Flotten aufgewertet.

Diese Auskunft ist wegen Quellengefährdung nur zur persönlichen Kenntnisnahme bestimmt.